

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt

Der moderne Industriebetrieb im Spannungsfeld von Wirklichkeit und Recht	17
A. Das dialektische Verhältnis von Wirklichkeit und Recht	17
B. Die Machtposition des Betriebes in unserer Industriegesellschaft	20
C. Die Gefährdung der Menschenwürde des einzelnen Arbeitnehmers im Betrieb	23
D. Der Schutz des Arbeitnehmers als der Leitgedanke des modernen Arbeitsrechts	24
E. Die sozialpolitische und rechtliche Funktion der Betriebsverfassung ..	25

Zweiter Abschnitt

Die Regelungsbefugnis der Betriebspartner	28
A. Die Herkunft der betriebsverfassungsrechtlichen Gestaltungsmacht ..	28
I. Allgemeines	28
II. Klärung des Autonomiebegriffes	30
III. Das staatliche Rechtsetzungsmonopol und sein Verhältnis zum Subsidiaritätsgedanken	34
IV. Das Delegationsmodell als Erklärungsgrundlage der Regelungs- macht der Betriebspartner	36
V. Die „Betriebsautonomie“ als institutionell garantierte Kompo- nente des sozialen Rechtsstaates	40
B. Die betriebsverfassungsrechtliche Stellung der Träger der Betriebs- autonomie auf Arbeitnehmerseite	42
I. Der Träger der Betriebsautonomie	42
II. Die Rechtsnatur der Arbeitnehmerschaft und des Betriebsrates ..	45
1. Die Rechtsnatur der Arbeitnehmerschaft	45
2. Die Rechtsnatur des Betriebsrates	47
C. Die Betriebsvereinbarung als das Rechtsinstrument zur Ausübung der Normsetzungsmacht der Betriebspartner	49
I. Die sozialpolitische Funktion der Betriebsvereinbarung	49
II. Begriff und rechtliche Funktion der Betriebsvereinbarung	50

1. Allgemeines	50
2. Die Rechtsnatur der Betriebsvereinbarung	52
a) Die Problemstellung	52
b) Kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen in der Lehre entwickelten Theorien	52
aa) Satzungss- und Beschußtheorie	52
bb) Die Vertragstheorie	55
cc) Die Vereinbarungstheorie	55
dd) Eigene Stellungnahme	57

Dritter Abschnitt

Die Spannung von Betriebsautonomie und Individualwille bei der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses	60
A. Grundsätzliches zu den funktionellen und inhaltlichen Grenzen der Betriebsautonomie	60
I. Die Subsidiarität der Betriebsvereinbarung in ihrem Verhältnis zum Tarifvertrag	60
II. Das Partnerschaftsgebot als Prüfstein der normativen Pflichtbindung der Betriebsautonomie	62
III. Die Lehre von der Betriebsvereinbarung als „korporative Zwangsortnung“ und eigene Stellungnahme	63
IV. Der gebundene Charakter der Betriebsautonomie und das Erfordernis einer gerichtlichen Billigkeitskontrolle der Betriebsvereinbarung	72
V. Die Grundrechtsbindung von Betriebsvereinbarungen	75
B. Die inhaltlichen Schranken der Betriebsautonomie anhand konkreter Regelungstatbestände	78
I. Die Eingriffsmöglichkeiten in bereits entstandene Ansprüche durch Betriebsvereinbarung	78
1. Überblick des bestehenden Meinungsstandes	78
a) Allgemeines	78
b) Lösungsvorschläge in der Literatur	79
aa) Herschel	79
bb) Siebert	80
cc) Karakatsanis	84
c) Die Rechtsprechung	85
2. Auseinandersetzung mit den geschilderten Lösungsmodellen	86
a) Kritik an der Lehre Sieberts	86
aa) Der methodische Ansatz	86
bb) Die rechtsdogmatische Begründung	87
a) Die dogmatische Untauglichkeit des genossenschaftstheoretischen Ansatzes	87
b) Die Unverwertbarkeit eines rechtsdogmatischen Vergleichs zwischen arbeitsrechtlich und verbandsrechtlich erworbenen Rechten	88

γ) Die Unvereinbarkeit der Lehre Sieberts mit dem geltenden Arbeitsrecht	89
cc) Die „begriffliche Starrheit“ des GrenzziehungsmodeLLs Sieberts	92
b) Kritik an den Ansichten Herschels und Karakatsanis	94
c) Eigene Stellungnahme	100
II. Die Abänderbarkeit entstandener Ruhegeldansprüche durch Betriebsvereinbarung	116
1. Grundsätzliches	116
2. Die Auffassung des BAG und der herrschenden Lehre	117
3. Bedenken und eigene Stellungnahme	119
III. Das Problem des Abtretungsverbotes von Lohnansprüchen durch Betriebsvereinbarung	124
1. Die entgegengesetzten Ansichten Herschels und Sieberts	125
2. Die Stellungnahme des Bundesarbeitsgerichts	126
3. Auseinandersetzung mit den geschilderten Meinungen Her- schels und Sieberts	128
4. Auseinandersetzung mit der Auffassung des Bundesarbeits- gerichts	130
5. Eigene Stellungnahme	138
IV. Eingriffsmöglichkeiten in die Freizeitgestaltung des Arbeitneh- mers durch Betriebsvereinbarung	143
1. Die Freizeitgestaltung des Arbeitnehmers	143
2. Die Urlaubszeit	147
3. Teilnahme des Arbeitnehmers an einem Betriebsausflug	151
4. Die „expansive Zuständigkeit“ der Betriebspartner	154
V. Zusammenfassung der gewonnenen Ergebnisse und Schlußbemer- kungen	157